

# **Unterwegs von der Ziel-zur Handlungsgemeinschaft?**

Anmerkungen zum Verhältnis der evangelischen Kirche  
zu den Gewerkschaften und zu ihrer politischen  
Verantwortung in Wirtschaft und Arbeitswelt

---

Rüdiger Weiser, geb. 1944 in Zwittau/Mähren, Studium der Volkswirtschaft, Geschichte und Politikwissenschaften in Nürnberg, Erlangen und Konstanz, ist seit 1974 Geschäftsführer des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der EKD. Seit 1968 ist er zudem Redakteur der Zeitschrift „Stimme der Arbeit“ und (seit 1985) ihres Nachfolgeorgans „kda- Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt“.

## 1. Protestantische Kirchen und Politik

Das Thema „Kirche und Gewerkschaft“ ohne weitere Zielbestimmungen mutet viele Zeitgenossen schon exotisch genug an. „Was hat die Kirche mit der Gewerkschaft am Hut“, fragen Betriebsräte und geben damit ein Stück ihres eigenen Erlebens als Gewerkschafter wieder. „Im Zentrum kirchlichen Lebens muß auch in Zukunft die Kirchengemeinde stehen“, erklärte mir vor einigen Wochen ein Pfarrer aus Sachsen. Als sich 1985 der Tag zum dreißig-

sten Mal jährte, an dem eine Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ganz ausdrücklich die Verantwortung der Kirche für die Gestaltung von Wirtschaft und Arbeitswelt unterstrichen und sich auch noch gegen christliche Richtungsgewerkschaften und für die Einheitsgewerkschaft ausgesprochen hatte (unter Gesichtspunkten des Gemeinwohls, aber auch der Interessenvertretung), schickte der Südwestfunk einen Reporter auf die Straße, der Volkes Stimme zu diesem Thema einfangen sollte. Er bekam Sätze zu hören wie diese: „Die Kirche hat ihren Teil, den soll sie auch behalten. Sie soll sich um die Seelen kümmern.“ - „Die Kirche sollte auf ihren christlichen Grundgedanken verharren und sich aus diesen Sachen raushalten. Sie sollte sich schon um Arbeitslose, vor allen Dingen um deren geistliche Unterstützung kümmern, also ihnen auch weiterhelfen, wenn sie in Nöten sind, seelische und moralische Sorgen haben. Aber aus politischen Sachen sollte sie sich meiner Meinung nach raushalten.“ - „Jeder kann sich um das Wohl der Arbeitnehmer kümmern. Auch die Kirche. Da soll sich auch jeder drum kümmern, ob das KPD oder SPD oder Kirche oder sonstwer ist.“

In diesen Sätzen spiegeln sich Problembewußtsein und Wirklichkeitserfahrung wider, gerade auch in ihrer Gegensätzlichkeit. Denn während im Katholizismus die Einmischung der Kirche in weltliche und politische Angelegenheiten im Prinzip nie bestritten war, übte sich der Protestantismus über Jahrhunderte in politischer Abstinenz oder, anders ausgedrückt, in politischem Wohlverhalten. „Thron und Altar“ sind die Stichworte zur politischen Außenwirkung; „Zwei-Reiche-Lehre“, jenes für die individuelle Bewußtseinsformung: Draußen im Leben, da geht es um Ziffer und Zahl, drinnen im stillen Kämmerlein kann ich mit meinem Herrn alleine sein.

Kaum ein Wort fiel zum Manchesterkapitalismus außer etwa: „Hier ist die Innere Mission als bewaffnete Tochter unserer Kirche im Kampf um die Rückgewinnung der vom Glauben Abgefallenen“ (Wichern auf dem „Kirchentag“ 1848). An der aggressiven „Weltpolitik“ am Vorabend des Ersten Weltkriegs wurde kaum Kritik geübt. Und angesichts der Herausforderung durch die „völkische Revolution“, angesichts ihrer Opfer in den eigenen Reihen waren nicht alle mit dieser Kirche zufrieden - Dokumente wie das Stuttgarter Schuldbekennnis oder das Darmstädter Wort des Bruderrats beweisen es.

Nach 1945 dann: Begründung von Agenturen; Evangelische Akademien als „Forum und Faktor“; Industrie- und Sozialarbeit als „Hand am Puls“ der Arbeitswelt; Kammern zur Erarbeitung von Denkschriften für gesellschaftliche und politische Fach- und Grundsatzfragen. Außerdem: Kundgebungen, Resolutionen, Entschließungen von Kirchentagen und Synoden der Landeskirchen und deren Dachorganisation, der EKD, in denen sich politisches Bewußtsein, Interessenvertretung, moralische Verantwortung und Augenmaß mischen. Sie scheuten sich nicht, Arbeitslosigkeit als Ergebnis mangelnder gesellschaftlicher und politischer Verantwortung zu brandmarken, Arbeitszeitverkürzung als maßgebliche Umverteilungform zu propagieren, Solidarbeiträge auch von Beamten und Selbständigen einzufordern, das freie

Wochenende als Voraussetzung zur Feier des Sonntags gerade auch im christlich-kirchlichen Sinne zu verteidigen, mitten im Kriegsgeschrei betroffener Unternehmensverbände und im Zusammenhang mit der Standortdebatte im EG-Binnenmarkt. Sie riefen Staat und Unternehmen zur Verantwortung angesichts des Berges an ökonomischen, strukturpolitischen, arbeitsmarkt- und verteilungspolitischen Problemen, die ja die Probleme unserer Mitmenschen oder - im christlichen Sprachgebrauch - unserer Nächsten sind, Mitglieder der einen oder anderen Kirche, der einen oder anderen Gewerkschaft, oder auch Nichtmitglieder, in jedem Fall angewiesen darauf, daß sich mächtige Gruppen für sie stark machen.

Bis dahin war es ein weiter Weg von jener Kirche, deren oberste Verwaltungsspitze im Königreich Preußen eine Abteilung des staatlichen Kultusministeriums war. Daß dieser Weg innerhalb weniger Jahrzehnte beschriftet und zurückgelegt wurde, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine bemerkenswerte innovative Leistung. Welche andere Großorganisation hätte im gleichen Zeitraum eine ähnlich gravierende Umorientierung glaubhaft vollzogen?

Dies festzustellen heißt nicht, sich mit den bestehenden Verhältnissen zufriedenzugeben. Aber der Blick für diese Innovationskraft weist einen Weg, der konsequent weiter beschritten werden sollte, gerade auch angesichts vorhandener Gegentendenzen. Der Versuch, die Inhalte der christlichen Botschaft in Gesellschaft und Politik wirksam werden zu lassen, vollzieht sich niemals eindimensional, seine Grundfigur ist der Diskurs, manchmal auch der Konflikt. Was hat diese diskursive und konfliktorientierte Annäherung der protestantischen Kirchen an Wirtschaft und Arbeitswelt für das Verhältnis der Kirchen zu den Gewerkschaften zu bedeuten?

## 2. Protestantische Kirchen und Gewerkschaften

Karl-Heinz Becker, einer der Verfechter sozialer Verantwortungswahrnehmung der Kirchen in der Form kirchlich-gewerkschaftlichen Diskurses, hat dies vor wenigen Jahren folgendermaßen beschrieben:<sup>1</sup>

- Das gewerkschaftliche Menschen- und Gesellschaftsbild ist gekennzeichnet vom Verlangen nach Gerechtigkeit in materiellen Verteilungs-, aber auch in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, vom Widerstand gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit, vom Kampf um gesellschaftliche Veränderung mit dem Ziel, die Rechte der arbeitenden Menschen zu verwirklichen. Gesellschaftliche Veränderungen werden durch Interessen- und Machtpositionen gesteuert. Die Parteilichkeit der Gewerkschaft für die Schwächeren und gegen die Stärkeren in der Gesellschaft ist dabei Teil ihres Selbstverständnisses.
- Die Kirchen haben demgegenüber einen anderen Ansatz: Primärauftrag der Kirche ist die Verkündigung des Evangeliums als Botschaft des dem

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu Hans-Böckler-Stiftung/Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (Hrsg.), Kirche und Gewerkschaft. Ein Symposium, Boll 1990.

Menschen in Jesus Christus widerfahrenen Heils. Daraus ergibt sich die Sorge für den Menschen und das Interesse an seinem zeitlichen Wohl. Die dabei vorherrschende Grundorientierung ist jene an der Gleichheit der Menschen vor Gott und von daher an der biblischen Gerechtigkeitsidee. Insofern besteht eine prinzipielle Zielgemeinschaft von Kirche und Gewerkschaft.

- Die Folge für das Verhältnis zwischen Kirche und Gewerkschaft ist ein nach außen dokumentiertes Loyalitätsverhalten der Kirchen gegenüber den Gewerkschaften, das von diesen erwidert wird. Seine Basis scheint in einem ungeschriebenen Nichteinmischungsabkommen in die jeweiligen inneren Verhältnisse des anderen zu bestehen. Während die Kirche diese Nichteinmischungsforderung aus ihrer Ablehnung gewerkschaftlicher Durchsetzungsstrategien ableitet, wird die Nichteinmischungsforderung der Gewerkschaften durch die historische Rolle der Kirchen bestimmt, sie wird von ihnen verstanden als die Rolle eines Parlamentärs - jedoch im Auftrag der Gegenseite. In den näherliegenden Zielen bescheinigt man sich gegenseitig Notwendigkeit und Ehrenhaftigkeit. Kirchen wie Gewerkschaften sehen in der Durchsetzung von mehr Menschlichkeit und mehr Lebensqualität ihre Aufgabe, die nicht im Umbruch, sondern in überschaubarer Kontinuität erfüllt werden soll. Gewerkschaften betrachten dabei mehr die materiellen, verteilungspolitischen Komponenten; die Kirchen sehen mehr auf sittlich-geistige Werte.
- Dies alles führt dazu, daß Kirchen und Gewerkschaften nebeneinander existieren. Die Zielgemeinschaft im Blick auf Humanität und Gerechtigkeit bleibt abstrakt; sie wird nicht durch eine Handlungsgemeinschaft eingelöst. Statt dessen ist die Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche fast perfekt. Das relativ problemlose Verhältnis von Kirche und Gewerkschaft resultiert aus der gegenseitigen Anerkennung der Kompetenzen mit der Folge von Entfremdung. Mit wachsendem Respekt voreinander und mit der abnehmenden Bereitschaft zu verbindlichen Gesprächen miteinander veraltet auch das Wissen umeinander.

### 3. Protestantische Kirchen und „Betroffene“

Diese skeptische Bilanz entbehrt jedoch nicht der Perspektive. Es gab und gibt Kooperationen und Beteiligungen, die den Gewerkschaften einen formellen Zutritt zur kirchlichen Meinungsbildung ermöglichen. Die Beteiligung von Vertretern der Gewerkschaften an der Synode der EKD und an den Synoden der Landeskirchen, an der Kammer für soziale Verantwortung der EKD, und die Beteiligung einer großen Zahl von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern an verschiedenen Veranstaltungen der Kirchentage eröffnet nicht allein eine nach Quoten festgelegte Möglichkeit der Mitbestimmung über Themen, Arbeitsvollzüge und Aussagen, sondern darüber hinaus Chancen zum Ergreifen von Initiativen, zum Besetzen von Themen, zur Eröffnung von Teildiskussionen, die die Dimension partikularer Interessenvertretung weit überschreiten und übergreifende Aspekte gesellschaftlicher Entwicklung in

den Blick nehmen. Unter dieser Voraussetzung erreichen derartige Kommunikationsprozesse auch ein Optimum an Publizität:

- Die kirchlich-gewerkschaftliche Debatte über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Bekämpfung von Arbeitslosigkeit - eine Debatte, die dem politisch-ökonomischen Zeitgeist der zurückliegenden anderthalb Jahrzehnte zentral widersprach - hatte zur Folge, daß dieses Thema (und mit ihm das Schicksal der Millionen Betroffenen) nicht nur nicht vom Tisch gefegt wurde, sondern daß es zu erheblichen Handlungsanstrengungen und erfolgreichen gemeinsamen Bemühungen auf tarifpolitischer, aber auch auf arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Ebene kam.
- Der 1984 von den Gewerkschaften erstrittene Einstieg in die 35-Stunden-Woche war sowohl in der evangelischen wie in der katholischen Kirche mit Argumenten unterstützt worden, die einer sozialetischen Offensive gleichkamen. In den folgenden Jahren griffen Landessynoden das Thema „Arbeitszeitverkürzung“ zunehmend auf und stellten dabei vor allem die notwendigen Umverteilungsprozesse von Arbeit auf mehr Menschen als ein sozialetisch vordringliches Ziel dar, das angesichts der ökonomisch-technologischen Entwicklung immer unausweichlicher werde.

Das Bemerkenswerte an dieser durch gewerkschaftlichen Einfluß ausgelösten innerkirchlichen Meinungsbildung war der Umstand, daß hier in den sozialetischen Aussagen der Kirchen - etwa im Hinblick auf die Umverteilungseffekte verschiedener Arbeitszeitverkürzungsformen - ein Konkretionsgrad erreicht wurde, wie er sich nur selten in kirchlichen Verlautbarungen finden läßt.

Vergleichbare Engagements, die weit über die formalen Kooperationen von Gewerkschaften und Kirche in Kammern und Synoden hinausgingen, waren in den vergangenen Jahren vor allem in zwei Themenbereichen besonders erfolgreich:

- Die im Zusammenhang mit der Montankrise entstandenen Aktionen um traditionsreiche Stahlstandorte wie etwa Hattingen oder Rheinhausen mobilisierten die Öffentlichkeit, auch die kirchliche, aber auch die Leitungen der betroffenen Landeskirchen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Vor allem die großen Gottesdienste wurden in der Öffentlichkeit als Fanal solidarischen Widerstandswillens gegen rein kapitalorientierte Entscheidungen verstanden, als Aufschrei der Betroffenen gegen ihre Verrechnung als Kostenfaktoren, vielleicht sogar als Bekräftigung der Einsicht, daß eine Wirtschaft, die den Menschen nur nach ökonomischen Kriterien betrachtet, ihn seiner Würde beraubt. Dieser massive Protest zeigte nicht nur die politischen Grenzen ökonomischen Handelns auf, sondern er bewies auch, daß in der Wahrnehmung kirchlicher Solidarität eine bemerkenswerte Trendwende stattgefunden hatte: In der Tat hat eine Kirche, die sich zum Anwalt und Organisator des Widerstands der Betroffenen in Krisenbranchen und Krisenregionen macht, nicht mehr viel gemein mit jener Kirche, deren Repräsentanten im Ersten Weltkrieg die Kriegsziele der Nation absegneten.

- In der seit einigen Jahren anhaltenden Diskussion um Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit ergänzen sich gewerkschaftliche und kirchliche Positionen gegenseitig. Zweifellos ist das kirchliche Interesse an der Aufrechterhaltung des Sonntags als gemeinsamen Feiertag der ganzen Gesellschaft auch eines, das in ihrem organisatorischen Eigeninteresse (zum Beispiel am Kirchenbesuch) liegt. Aber der Charakter des biblischen Sabbats als eines Tages der Befreiung vom Zwang der Ökonomie, der die Institution „Sonntag“ bei uns entscheidend begründet, trägt dieses kirchlich-organisatorische Eigeninteresse ebenso mit wie er die gewerkschaftliche Argumentation für ein freies Wochenende unterstützt. Die Verlautbarungen aus der evangelischen Kirche entbehren deshalb nicht des Hinweises, daß unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen der freie Samstag Voraussetzung für die angemessene Feier des Sonntags gerade auch im christlichen Sinne ist.

Diese beiden Felder der gemeinsamen Aktion von Kirchen und Gewerkschaften verdeutlichen die gemeinsamen Ziele:

- Es geht nicht darum zu leugnen, daß die Wirtschaft wichtig im Leben ist; aber es geht darum zu unterstreichen, daß wirtschaftliche Gesichtspunkte nicht die einzig gültigen sind, und daß es für jeden Menschen und daher auch in der Gesellschaft insgesamt etwas geben muß, was dem Zugriff der Ökonomie entzogen ist. Gewerkschaftlicher Humanismus trifft so mit christlichem Ethos zusammen.
- Es geht im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung, mit Krisenbranchen und -regionen, mit Standortfragen prinzipiell um die Verhinderung allzu großer Ungleichheiten der Lebenschancen und der Lebensverhältnisse. Bei Arbeitslosigkeit geht es um die „Gleichverteilung“ von Arbeit (Friedhelm Hengsbach); bei strukturpolitischen Fragen geht es ebenso um die Ermöglichung vergleichbarer Lebenschancen und Lebensbedingungen, für die der Staat zusammen mit Wirtschaft und Kommunen zu sorgen hat. Das Interesse der betroffenen Arbeitslosen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fällt hier zusammen mit der sozialethisch begründeten Berufung der Kirche auf Gerechtigkeit als Grundlage jeglichen Zusammenlebens.

#### 4. Protestantische Kirchen und solidarisches Handeln

In der kirchlichen Diskussion sind derartige Gesichtspunkte nicht von ungefähr in den Vordergrund gerückt. Das bewirkte, daß der ursprüngliche Forumsgedanke, die Meinung, die Kirche müsse ihren Teil zur öffentlichen Verantwortung leisten, indem sie Foren zum Austrag der unterschiedlichen Meinungen bietet, zumindest ergänzt wurde durch den Gedanken, daß es nicht genügt, den richtigen Themen ans Licht der Öffentlichkeit zu verhelfen, sondern daß eigenes Handeln zusammen mit den betroffenen Menschen und in ihrem Interesse notwendig wird.

Vom Forum zum Faktor - von der Diskussion zur Solidarisierung in der politischen Praxis: Das könnte eine Leitlinie kirchlicher Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland werden, auch wenn es zu ihren bestimmenden Merkmalen gehört, daß sie in sich widersprüchlich und konfliktreich ist. Wenn sich die Kirche als Volkskirche bewähren will, wird sie sich diesen Widersprüchen und Konflikten nicht versagen dürfen, sondern sie muß sie austragen.

#### a) Kirchliche Sozialarbeit in der Arbeitswelt

Die praktische Sozialarbeit der Kirchen in der Arbeitswelt hat den Schritt von der Formulierung von Zielen hin zur Orientierung an den Bedürfnissen und Interessen der von den Krisen unserer gesellschaftlichen Entwicklung betroffenen Menschen konsequent vollzogen. Sie orientierte sich deshalb in den letzten Jahrzehnten weg vom Forumsgedanken, der die Anfänge aktiver kirchlicher Wahrnehmung politischer Aufgaben bestimmt hatte: Wer, wie etwa der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt, ständig mit gesellschaftlichen Konflikten zu tun hat, ständig an den Konfliktlinien selbst arbeitet, muß wohl zwangsläufig ein Gefühl für Starke und Schwache entwickeln. Will er seinen selbstgewählten christlichen Auftrag auf diesem Arbeitsfeld glaubwürdig wahrnehmen, kommt er um Solidarisierung, um Parteilichkeit nicht herum. Auch die säkulare Orientierung am Gemeinwohl schließt eine vorrangige Orientierung an den Opfern gesellschaftlicher Entwicklungen ein.

Kirchliches Engagement auf dieser Ebene hat spätestens seit den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg eine eigene Traditionslinie zu entwickeln vermocht, die - siehe Rheinhausen - sich in der kirchlichen Praxis gegenüber den quietistischen, quasi unpolitischen protestantischen Traditionen gelegentlich durchzusetzen vermochte.

#### b) Ökumenische Theologie

Angestoßen und erheblich beeinflusst wurde die neuere Traditionslinie des politischen Intervenierens durch das ökumenische Denken. Die Weltkirchenkonferenz 1948 von Amsterdam entwickelte das Konzept der „Verantwortlichen Gesellschaft“, spätere ökumenische Entwicklungen führten zur Vorstellung einer gerechten, partizipatorischen, an Selbsthilfe und Solidarität orientierten Gesellschaft, zu der die Kirchen ihren Beitrag zu leisten haben. Das gegenwärtige Nachdenken der Ökumene bezieht sich zentral auf die Begriffe Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung - und damit auch auf traditionelle Anliegen der Arbeiterbewegung.

Auch Entwicklungen aus der katholischen Kirche haben die protestantische Denkweise beeinflusst-von ähnlicher Parteilichkeit geprägt: die „Option für die Armen“, wie sie in den Dokumenten der lateinamerikanischen katholischen Bischofskonferenzen von Medellín 1968 und Puebla 1979, oder im Wirtschaftshirtenbrief der katholischen Bischöfe in den USA von 1984 niedergelegt ist. Hier deutet sich ein Brückenschlag der Kirchen zu anderen gesellschaftlichen Organisationen an, der eine neue Struktur der politischen Aktion

und zugleich ein verändertes Selbstverständnis der Kirche als organisatorischer Gestalt und gesellschaftlicher Gruppe signalisiert.

#### c) Kirchliche „Basis“ und Amtskirche

Wie gewöhnlich begannen diese Veränderungen zunächst an der Peripherie. Entstand der „Sozialethische ökumenische Arbeitskreis Kirche — Gewerkschaft“ 1983 noch als informelle Gruppe, die es sich zur Aufgabe machte, Themen zu setzen und in die inner- und außerkirchliche Diskussion zu bringen, wurde 1990 ein „Gesprächskreis Kirche/Gewerkschaft“ in der EKD gebildet, der in der Hauptsache aus Mitgliedern der Führungsgremien der EKD und ihrer Landeskirchen sowie des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zusammengesetzt ist.

Beide Ansätze bieten eine wichtige Voraussetzung für wirksame Kooperationsformen: Kontinuität. Selbst so überzeugende Aktionen, wie sie mit dem Stichwort Rheinhausen signalisiert werden, und wie sie auch im Umkreis von Tarifaueinandersetzungen stattgefunden haben, blieben bisher zeitgebunden, eher sporadisch. Sie waren in vielfacher Weise abhängig von Personen, deren Einstellungen und Arbeitsstilen, gelegentlich auch von Zufälligkeiten. Und sie waren - unter diesen Voraussetzungen - auch nicht immer frei von Instrumentalisierungen.

#### d) Perspektiven

Damit waren auch gelegentliche Dilemmata vorgezeichnet. Eine Perspektive, die aus ihnen hinausführt, hängt davon ab, ob und wie weit es gelingt, die vorhandenen Ansätze der Offizialisierung, der Verstetigung und der gesellschaftspolitischen Verbindlichkeit in den existierenden Gesprächs- und Arbeitskreisen weiter auszubauen, ja zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Eine Erweiterung ihrer Dimensionen könnte die beginnende gewerkschaftlich-kirchliche Handlungsgemeinschaft dann erreichen, wenn es gelänge, lokale und regionale Aktionsbündnisse, die normalerweise nur in Zeiten von Tarifaueinandersetzungen an die Öffentlichkeit treten, in regelmäßig arbeitende Gremien zu überführen, wie es etwa die großen politischen Parteien bereits tun (EAK in der CDU, Arbeitskreise, Kirchen/SPD); wenn und insoweit die existierenden Instrumente auf Bundesebene je nach ihrer Eigenart als Forum oder als Aktionskreis genutzt würden; und wenn es gelänge, zumindest in Ansätzen, eine Gesamtstrategie der Kommunikation unter Einbeziehung zusätzlicher Handlungsträger - wie beispielsweise Kirchengemeinden, die von Betriebsschließungen betroffen sind, Veranstaltungen von Akademien, Vorbereitungen von Kirchentagen - zu entwickeln oder wenigstens anzudenken.

Mit den beschriebenen Ansätzen könnte zumindest gewährleistet werden, daß die Traditionslinie bewußter und aktiver politischer Gestaltung in den protestantischen Kirchen fester verankert würde.

Das demokratische, partizipatorische Element in den protestantischen Kirchen, ihrer Organisation und Funktionsweise - die Diskussion um die Regelung des Arbeitsrechts in den Kirchen, gegenwärtig am Beispiel des Mitarbeitervertretungsrechts, beweist es - bedarf noch der Verbesserung. Sie ist nur möglich, wenn das demokratische Potential auch in der kirchlichen Basis, den Kirchengemeinden, und über sie in der kirchlichen Hierarchie insgesamt wächst. Betrachtet man zum Beispiel den Anteil von Arbeitnehmern in den Synoden der Landeskirchen, dann zeigt sich, daß in den zwanziger Jahren zahlenmäßig bereits wesentlich bessere Verhältnisse erreicht waren als heute. Auch dies gehört zu den vielen Brüchen und Widersprüchen in der Entwicklung - und es kennzeichnet ein Handlungsfeld, auf dem sich manche Mühe lohnt.